

## Tagung der Finanzamtsleiter in Ansbach: Minister Füracker kündigt „Strukturoptimierung“ an!

Bei der diesjährigen Amtsleiter-tagung der Steuerverwaltung Anfang Mai informierte Finanzminister Albert Füracker darüber, dass er beabsichtige, die Struktur der Finanzämter zu optimieren. Wenn wir nicht reformierten, so der Minister, dann entstehe in wenigen Jahren eine Situation, die wir nicht mehr steuern könnten. Denn die heutigen Größenunterschiede zwischen den Finanzämtern erforderten eine Änderung, zumal mit der demografischen Entwicklung damit gerechnet werden müsse, dass wir in wenigen Jahren mit noch weniger Personal auskommen müssen und damit kleine Ämter noch weiter schrumpfen würden.

Mit einer Reform aber sollen die Standorte gesichert und regionale Vollfinanzämter geschaffen werden. Er bitte die Amtsleitungen dabei um ihre Unterstützung, wolle auch die Beschäftigten in diesen Prozess einbinden. Der Finanzminister machte

deutlich, dass das Finanzamt München ein Amt mit einer Sonderstellung sei, aber nicht als Blaupause für das taue, was wir nun in den Regionen wollten.

### Flexible Regional-Finanzämter

Es gehe darum, Synergien zu erreichen, aber auch sehr flexible Strukturen. Er wolle bessere Entwicklungsmöglichkeiten schaffen und die Möglichkeit zur Beförderung möglichst an der eigenen Dienststelle. Das Ziel sei damit eine Reduzierung des „Beförderungstourismus“ innerhalb der Region. Der Minister versprach den Amtsleitungen den Erhalt der A 15- und A 16-Stellen und sagte insgesamt bessere Beförderungsmöglichkeiten zu.

Der Minister sprach davon, dass der Prozess, von dem er spreche, nicht in zwei bis drei Jahren zu Ende sein könne. Vielmehr werde er uns alle sehr lange beschäftigen. Aber in 15 oder 20 Jahren werde man aner-

kennen, dass durch den Weg, den wir jetzt beschreiten, die Standorte erhalten werden konnten.

### IT-Ausstattung als Voraussetzung

Voraussetzung für einen erfolgreichen Reformprozess, so Albert Füracker, sei eine funktionierende IT. Hier gelte es, die Optimierung weiter voranzubringen. In den Pilotregionen werde die Optimierung der IT und die Neustrukturierung Hand in Hand gehen. Ihm sei bewusst, dass das auch Geld koste, aber er werde das im Haushalt so verankern. Ihm gehe es beim Prozess der Strukturoptimierung um Qualität vor Schnelligkeit.

### Projektstart in Nürnberg und Mittelfranken

Die ersten Projektgebiete werden Nürnberg und Mittelfranken sein. Dabei gehe es zunächst

Fortsetzung nächste Seite

### Koalitionsvertrag

Verantwortung für Deutschland -  
Wie geht es weiter für  
unser Land?

Seite 8

### Kassenbon-Lotterie

DSTG fordert Anreize im Kampf  
gegen den Steuerbetrug

Seite 11



um die Frage des Zuschnitts des Finanzamts Nürnberg und der weiteren Regionalfinanzämter. Das Ziel sei dabei möglichst zum 1. Januar 2026 mit den neuen Finanzämtern in Nürnberg und Mittelfranken zu starten. In den neuen Regionalfinanzämtern werde dann auch die IT-Ausstattung mit IKONOS und Laptops optimiert werden.

Mit den in Mittelfranken gewonnenen Erfahrungen werde der Reformprozess dann rasch mit einer weiteren Projektregion in Südbayern weitergehen. Nach der Amtsleitertagung informierte der Minister die Beschäftigten der Finanzämter im AIS über den angestoßenen Prozess.

### Thema seit Juni 2024 konkretisiert

Die Überlegungen im Landesamt für Steuern und im Finanzministerium nach dem Finanzamt München auch die Struktur aller übrigen Finanzämter im Freistaat Bayern zu reformieren reichen viele Jahre zurück. Ausgangspunkt für die konkreten Überlegungen des Finanzministers war dann letztlich ein „Austausch über die Weiterentwicklung der bayerischen Steuerverwaltung“, zu dem der Minister im Juni 2024 alle Amtsleiterinnen und Amtsleiter nach Nürnberg eingeladen hatte. Dabei gewann er den Eindruck, dass die Finanzamtsleitungen wegen der Kleinteiligkeit vieler Aufgaben einheitlich eine Reform der Ämterstruktur wünschten.

Wenige Wochen später hatten zwei Dutzend Amtsleiter (drei aus

jeder Ämterregion) in einem „Workshop“ dann über mögliche Ansätze für eine Reform diskutiert und dabei auch Mindestanforderungen für die Ämtergröße erarbeitet, die zumindest mehrheitlich so gesehen wurden. In der Folge hat der Finanzminister auch die Bayerische Finanzgewerkschaft in seinen Meinungsbildungsprozess eingebunden.

### Einbindung der bfg

Ein erster Austausch erfolgte in einem Gespräch mit der bfg-Landesleitung, über das wir in der Ausgabe 11/2024 der bfg-Zeitung berichtet hatten. Die bfg-Landesleitung machte dabei deutlich, dass sich die bestehenden Schwierigkeiten in der IT und die überbordende Arbeitsbelastung nicht durch eine Strukturreform beheben ließen. Auch müssten Monostrukturen vermieden werden, die Folgen für die Nachwuchsgewinnung und die Ausbildung bedacht und auch eine sinnvolle Personalentwicklung weiter ermöglicht werden ...

Die bfg nahm sodann die Einladung des Ministers an, ihre Sicht der Dinge schriftlich darzulegen. Trotz aller Aspekte, die die bfg dabei als überlegenswert und bedeutsam herausgearbeitet hat, blieb der Finanzminister bei seiner Überzeugung, dass uns eine Reform voranbringen werde.

In weiteren Gesprächen und Schriftsätzen brachte die bfg sodann ihre Vorstellungen ein. Einige wesentliche Punkte, über die dabei Einigkeit erzielt werden konnte:

- Ausgangspunkt dieser Reform ist

die Überzeugung, dass in wenigen Jahren durch Entwicklungen in der IT und einen weiter sinkenden Personalstand kleine Ämter kaum mehr zu organisieren sind.

- Schaffung einer zukunftsfesten Struktur unter Erhalt der Standorte.
- Maximale Flexibilität zwischen den Dienststellen/Dienstsitzen eines Regionalfinanzamts. München taugt nicht als Vorbild.
- Die wesentlichen Aufgaben müssen von jeder Dienststelle aus erledigt werden können.
- Dadurch werden Beförderungsversetzungen weitgehend entbehrlich.
- Die Reform soll erhebliche zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten in den Projektregionen bringen. Im Herbst 2025 wird dazu ein Teil der 6i-Hebungen herangezogen.
- Die Reform muss einen Mehrwert in der Arbeit der Beschäftigten und in ihrem beruflichen Fortkommen bringen.
- Voraussetzung ist eine Ausstattung der Projektregionen mit IKONOS und Sina-Laptops.

Der Hauptpersonalrat und die Bezirkspersonalräte sowie die jeweils betroffenen örtlichen Personalräte werden in die entsprechenden Gruppen und Teams der Projektstruktur eingebunden. Für Mittelfranken sieht das Grundkonzept der Verwaltung dabei die Schaffung von drei Finanzämtern vor.

## INHALT

- S. 4** Bericht aus dem HPR

---

- S. 6** Koalitionsvertrag: Verantwortung für Deutschland

---

- S. 8** DSTG fordert Kassenbon-Lotterie

---

- S. 9** to go: Pflege Teil 1

---

- S. 12** bfg-Jugend

## IMPRESSUM

- Herausgeber: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99, info@bfg-mail.de, www.finanzgewerkschaft.de
- Verantwortlich: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender der Bayerischen Finanzgewerkschaft
- Redaktionsleiterin: Nina Gürster
- Redaktion: Birgit Fuchs, Nina Gürster, Thomas Wagner, Christoph Werwein und Gerhard Wipijewski
- Layout und Gestaltung: Thomas Wagner, Jana Patzak
- Druck: Druckerei Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München
- Anzeigenverwaltung: bfg-Verlag, Karlstr. 41, 80333 München, Tel. (0 89) 54 59 17-0, Fax (0 89) 54 59 17 99

Die „Bayerische Finanzgewerkschaft“ erscheint 10x jährlich. Der Bezugspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten. Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, die mit der Meinung der bfg und der Redaktion nicht übereinstimmen muss. Bei Leserbriefen behalten wir uns Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung und Quellenangabe des Herausgebers. Alle Bilder oder Grafiken sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nur mit Genehmigung des bfg-Verlages bzw. des jeweiligen Rechteinhabers verwendet werden.



## Was für Tage!

Text: Gerhard Wipijewski, Vorsitzender

Wir sind spät dran mit dieser Ausgabe unserer bfg-Zeitung. Wir wollten abwarten, was unser Finanzminister am 5. Mai bei der Amtsleitertagung der Steuerverwaltung über eine Strukturreform der Finanzämter sagen würde. Er hat dabei tatsächlich den Startschuss für eine Reform gegeben, an deren Ende die Landkarte der Steuerverwaltung in Bayern in einigen Jahren gründlich verändert sein könnte. Neben dem Finanzamt München gäbe es dann vielleicht nur noch etwa 20 weitere Regional-Finanzämter, die aus den heutigen Finanzämtern, ihren Außenstellen und Bearbeitungsstellen unter Erhalt der Standorte bestehen würden. – Soweit jedenfalls die Grundidee der Verwaltung. Ob es so kommt, wird sich in den nächsten Monaten in Mittelfranken zeigen, wo zunächst noch erarbeitet werden muss, wie dort die Zuschnitte der neuen Finanzamtsbezirke aussehen sollen. Die bfg hat sich mit ihren Gedanken und Vorstellungen, mit ihren Bedenken und Warnungen, mit Anforderungen und Zielen stark eingebracht. Über allem muss ein Mehrwert für die Beschäftigten stehen. Und dafür braucht es vor allem anderen eine funktionierende IT. Ob das Ganze dann wirklich ein Schritt nach vorne wird, hängt letztlich von der konkreten Umsetzung ab.

Auch wenn hierdurch die Finanzämterstruktur so stark verändert würde wie seit der Gebietsreform 1972 nicht mehr, gab es in den letzten Tagen doch Ereignisse in Deutschland und der Welt, die das noch in den Schatten stellen ...

Inzwischen ist es Freitagabend geworden, der 9. Mai, in Russland der wichtigste Tag des Jahres, weil an ihm der Sieg über Nazi-Deutschland im „Großen Vaterländischen Krieg“ gefeiert wird. Heute zum 80. Mal – und von Kriegsverbrecher Putin mit einer noch viel größeren Militärparade als zuvor.

Die eigentliche Kapitulation des Deutschen Reiches im Zweiten Weltkrieg erfolgte freilich bereits zum 8. Mai 1945 und wird seither im Westen am 8. Mai gefeiert.

Dass die 80. Wiederkehr dieses Tages heuer als etwas Besonderes empfunden wird, liegt zum einen an der Erinnerung an die epochale Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker auf der Hälfte dieser Strecke am 8. Mai 1985 – zum anderen an der heutigen Situation unserer Welt, die starke Parallelen aufweist zu Entwicklungen, die wesentlich zum Erstarken der NSDAP in Deutschland und zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs beigetragen haben. Ich erinnere an die amerikanische Zollpolitik damals, die ganz erheblich zur Welt-

wirtschaftskrise der 20er Jahre und damit zur Verarmung großer Teile der deutschen Bevölkerung geführt hat. Ich erinnere an die Verharmlosung Hitlers durch viele Europäer damals und Putins heute. Letzterer strebt beinahe so unverhohlen die Vorherrschaft über Europa an wie Hitler damals. Und ich erinnere wie Richard von Weizsäcker vor 40 Jahren daran, dass es vor allem die Schwäche der Demokratie war, die die Naziherrschaft ermöglicht hat.

Damit bin ich bei der AfD, die heute vor einer Woche vom Verfassungsschutz nach einer jahrelangen Prüfung als „gesichert rechtsextremistisch“ eingestuft wurde. Grund für die Einstufung sei eine „die Menschenwürde missachtende, extremistische Prägung der Gesamtpartei“. Damit stellt sich jetzt auch die Frage, wie der Dienstherr mit Mitgliedern der Partei umgehen will. Für mich ist klar, dass Mitglieder einer Partei, die die freiheitlich demokratische Grundordnung ablehnt, schwerlich als Beamtinnen und Beamte diesen Staat vertreten können! Die vorübergehende Aussetzung der Einstufung mit einer sogenannten Stillhaltezusage sollte genutzt werden, um diese Frage zu klären.

Welch eine Fügung, dass an diesem 8. Mai, der Europa und der Welt vor 80 Jahren die Befreiung vom Nationalsozialismus gebracht hat, über der Sixtinischen Kapelle der weiße Rauch aufgestiegen ist und die Welt einen neuen Papst bekommen hat! Ich stimme mit dieser Wortwahl ausdrücklich der Einschätzung Marc Beises in seinem heutigen Kommentar „Chapeau!“ in der Süddeutschen Zeitung zu, dass die Bedeutung der Wahl weit über die katholische Welt hinausreicht! – Und das nicht nur wegen der kritischen Haltung des Amerikaners gegenüber „seinem“ Präsidenten Donald Trump.

Zwei Tage zuvor blickte Deutschland ungläubig auf die Wahl des Bundeskanzlers. Denn zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik wurde ein Bundeskanzler erst im zweiten Wahlgang gewählt. Mindestens 18 Abgeordnete der Regierungsfractionen hatten ihrem Kandidaten Friedrich Merz im ersten Wahlgang ihre Stimme vorenthalten. In einer Situation, in der die Demokratie in unserem Land mit dem Rücken zur Wand steht, haben diese Leute nichts Besseres zu tun als ihren Rachegehlüsten nachzugeben. Völlig unverantwortlich! Zum Glück zeigten B90/Die Grünen und Die Linke mehr Verantwortungsbewusstsein, indem sie einem zweiten Wahlgang am selben Tag zustimmten und so eine Staatskrise abzuwenden halfen.

# BERICHT AUS DEM HPR

von **Katja Graßer**



## Zweites Treffen der Arbeitsgruppe Social-Media in Nürnberg

Das Referat St25 am Landesamt für Steuern ist mit der Umsetzung des Social-Media-Konzepts im Bereich der Nachwuchsgewinnung des Geschäftsbereichs des StMFH beauftragt worden. Es soll mit einem Instagram-Kanal zur Bewerbung der Ausbildungen und dualen Studiengänge sowie einem LinkedIn-Kanal für die Berufs- und Quereinsteiger begonnen werden.

Beim zweiten Treffen der zu diesem Zweck eingerichteten Arbeitsgruppe hat man sich über potenzielle Nutzer- und Profilnamen und mögliche Formate ausgetauscht. Zudem wurde über den Umgang mit möglichen Kommentaren beraten und der Ablauf von der Content-Erstellung bis zur Veröffentlichung besprochen.

Die bereits entwickelten Leitlinien für künftige Social-Media-Beauftragte der Behörden und das IT-Sicherheitskonzept wurden ebenfalls vorgestellt.

## Duale Studiengänge (Studium mit vertiefter Praxis) um Masterstudiengänge erweitert

Bereits seit 2016 hat sich das Finanzministerium damit einverstanden erklärt, dass auch im staatlichen Bereich, soweit ein entsprechender fachlicher Bedarf besteht und ein entsprechender Studiengang nicht an der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern durchgeführt wird,

ein Studium mit vertiefter Praxis in Bachelorstudiengängen (praxisintegrierte duale Bachelorstudiengänge) zur Verbesserung der Personalrekrutierung angeboten wird. Diese Regelung wird um praxisintegrierte Masterstudiengänge erweitert. Die Frage, ob ein Studium mit vertiefter Praxis angeboten wird, trifft jedes Ressort selbstständig.

## Abschluss des Modellprojekts Behördensatellit Altötting

Mit der Initiierung des Modellprojekts Behördensatelliten hat der Freistaat Bayern als Arbeitgeber Co-Working-Spaces geschaffen, um ein heimatnahes Arbeiten zu ermöglichen. Neben der Zeit- und Kostenersparnis für pendelnde Beschäftigte war auch die Verringerung von Verkehrsaufkommen und Emissionen ein Ziel des Projekts.

Durch die Corona-Krise und wandelnde Anforderungen hat sich die Arbeitswelt zwischenzeitlich jedoch weiterentwickelt und mit dem erweiterten Angebot an Homeoffice-Möglichkeiten und flexiblen Arbeitszeitmodellen wird das Modellprojekt ohne dauerhafte Implementierung abgeschlossen. Der Betrieb des Behördensatelliten in Altötting wird zum 31. März 2025 eingestellt.

## Hauptpersonalrat im Gespräch mit neuer Leiterin des Referats 28

Seit kurzem hat das Referat 28, wel-

ches unter anderem für die Themen Fortbildung, Gesundheitsmanagement und Personalvertretungsrecht zuständig ist, eine neue Referatsleiterin. Katharina Hornung ersetzt ihre Vorgängerin Dr. Kathleen Kolbinger, welche in ein anderes Referat gewechselt ist. Jetzt kam es zu einem ersten persönlichen Austausch zwischen der neuen Referatsleiterin und dem Vorsitzenden des Hauptpersonalrats Gerhard Wipijewski und seinem Stellvertreter David Dietz. Ein großes Thema in den nächsten Monaten werden die anstehenden Personalratswahlen im Jahr 2026! Der Hauptpersonalrat freut sich auf eine gute Zusammenarbeit!

## Risikomanagement (RMS) in der Veranlagung – Pilotierung KI-Modell in Kombination mit RMS Regelwerk

Im KONSENS-Projekt „KI und statistische Analyse im Verfahren RMS“ wurde ein KI-Modell erarbeitet, welches künftig in Kombination mit dem RMS-Regelwerk zum Einsatz kommen soll. Ziel ist es, die Beschäftigten durch Reduzierung von Bearbeitungshinweisen bei der Steuerfestsetzung in bestimmten Fällen zu entlasten. Für die Beschäftigten ändert sich an der bisherigen Arbeitsweise nichts. Das KI-Modell wird derzeit in Nordrhein-Westfalen programmiert und soll voraussichtlich ab Herbst 2025 in Bayern pilotiert werden. Der Hauptpersonalrat begrüßt den Einsatz des KI-Modells.

## Im Gespräch mit MdL Tim Pargent

*Seit Oktober 2018 schon gehört der heute 31-jährige Oberfranke Tim Pargent dem Bayerischen Landtag an – und genauso lange dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen. Dort ist er Mitberichterstatter zum Einzelplan 06. Als Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen also gewissermaßen der Sprecher der Opposition, wenn es um Haushaltsangelegenheiten des Finanzressorts geht. Beim Blick auf seine Homepage wird klar, dass es eine ganze Reihe gemeinsamer Ziele gibt: als finanzpolitischer Sprecher der Grünen setzt er sich für eine gerechte und transparente Finanzpolitik ein. Von der Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist da die Rede, der Aufarbeitung von Finanzskandalen und der Regulierung des Glücksspielmarktes ... Und von einer funktionierenden Finanzverwaltung, fairen Steuern und klaren Regeln im Umgang mit öffentlichen Geldern.*

Gründe und Anknüpfungspunkte genug also für einen intensiven Austausch, zu dem sich bfg-Vorsitzender Gerhard Wipijewski mit Tim Pargent Ende April im Bayerischen Landtag traf. So ging es beispielsweise um die Situation der Steuerfahndung in Bayern und die Gründung des Kompetenzzentrums Steuerstrafrecht bei der Staatsanwaltschaft München I. Pargent berichtete auch von einem Gespräch mit der früheren Cum-Ex-Staatsanwältin Anne Brorhilker. Im Mittelpunkt aber stand kurze Zeit nach der Verabschiedung des Nachtragshaushalts der kommende Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027. Denn mit dem Nachtragshaushalt wurde als Art. 6b des Haushaltsgesetzes beschlossen, dass es im kommenden Doppelhaushalt keine Stellenmehrungen geben und damit begonnen werden soll, bis 2020 5.000 Haushaltsstellen abzubauen.

### Appell gegen Stelleneinsparungen

Der bfg-Vorsitzende stellte dem Grünen-Abgeordneten deshalb die Arbeits- und Personalsituation der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung sowie der Schlösserverwaltung dar. Insbesondere für die Finanzämter, aber auch für das Landesamt für Finanzen konnte Wipijewski anhand

MdL Tim Pargent, Bündnis 90/Die Grünen im Gespräch mit Gerhard Wipijewski: Haushaltsklarheit, faire Besteuerung und ein klares Nein zu pauschalem Stellenabbau



der Fallzahlensteigerungen die Diskrepanz zwischen Aufgabenentwicklung und Personalstand vorrechnen. Es sei unmöglich, angesichts dieser Situation, die den Beschäftigten alles abverlange, jetzt an Stellenkürzungen zu denken. Er wies auf die vor einem Jahr in der bfg-Zeitung veröffentlichten Entwicklungen in den Haushalten zwischen 2010 und 2025 hin, die zeigten, dass die Beamten-, Richter- und Arbeitnehmerstellen im Staatshaushalt allgemein um 19% oder über 48.000 zugenommen hätten, in den Finanzämtern beispielsweise aber nur um 5%. Und er zeigte auf, wie die Ist-Besetzung trotz aller Bemühungen die Ausbildung zu intensivieren, heute noch nicht einmal um 4% über dem Wert von 2010 liegt, obwohl die Fallzahlen um rund 40% gestiegen sind und eine Jahrhundertreform in der Grundsteuer zu bewältigen ist.

Wipijewski wies in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass angesichts der Bevölkerungszunahme um 1 Million in Bayern seit 2010 der Stellenzuwachs außerhalb von Polizei und Bildung marginal gewesen sei.

### Attraktivität der Finanzverwaltung steigern!

Ein weiterer zentraler Punkt des Gesprächs war die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzverwaltung. Mit der Konkurrenzsituation zur Privatwirtschaft und den Kommunen zeigte sich Pargent dabei recht vertraut. Der bfg-Vorsitzende verdeutlichte, dass finanzielle Verbesserungen dringend erforderlich seien. Er zeigte aber auch die Bedeutung von Homeoffice, Teilzeitmöglichkeiten und Altersteilzeit auf und sprach von wichtigen Elementen, Familie bzw. Pflege und Beruf in Einklang zu bringen. Wipijewski zeigte sich angesichts der jahrzehntelangen Erfahrungen auch überzeugt davon, dass der Dienstherr und Arbeitgeber durch diese Angebote ganz erheblich profitiert habe – und weiter profitiere!

Zur Attraktivität gehöre es aber auch zwingend, in Ballungsräumen und Gebieten mit einem schwierigen Wohnungsmarkt den Beschäftigten bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Aktivität in diesem Bereich müsste deshalb dringend verstärkt werden.

### Tim Pargent, MdL (Bündnis 90/Die Grünen)

- Seit 2018 über die Liste im Landtag (Stimmkreis Bayreuth)
- Finanzpolitischer Sprecher & Mitglied im Haushaltsausschuss
- Mitberichterstatter für den Einzelplan 06 (Finanzministerium)
- Setzt sich für transparente, gerechte Haushaltspolitik ein
- Schwerpunkte: Bekämpfung von Steuerhinterziehung, Aufklärung von Finanzskandalen
- Engagement für klare Regeln beim Einsatz öffentlicher Mittel
- Befürworter einer stärkeren Regulierung des Glücksspielmarktes
- Kritisch gegenüber pauschalem Stellenabbau im öffentlichen Dienst
- Ehemals jüngster Stadtrat in Bayreuths Geschichte (2014–2019)

## Verantwortung für Deutschland – Wie geht es weiter für Deutschland?

Nach wochenlangen Gesprächen und Verhandlungen steht er nun endlich – der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Doch was genau steht auf den fast 150 Seiten des Vertrags mit dem Titel „Verantwortung für Deutschland“ und inwiefern haben wir als Gewerkschaft hier mitwirken können?

Um unseren Leserinnen und Lesern das Leben leichter zu machen, fasst dieser Artikel die – aus unserer Sicht – für unsere Mitglieder wichtigsten Punkte zusammen. Selbstredend hat der umfangreiche Koalitionsvertrag noch wesentlich mehr zu bieten – selbst reinzulesen lohnt sich also definitiv.

### Einfluss der DSTG deutlich spürbar

Wer in den letzten Monaten den Veröffentlichungen der Deutschen Steuer-Gewerkschaft gefolgt ist, hat unweigerlich mitbekommen, wie viele Forderungen von gewerkschaftlicher Seite den gesamten Wahlkampf hindurch an die Politik herangetragen wurden. Wer nun auch den Koalitionsvertrag aufmerksam liest, dem fallen diverse Parallelen zwischen dem „Aktionsplan 25“ der DSTG und den entsprechenden Punkten im Vertrag auf.

### Zufall? Wohl kaum!

Die inhaltlichen Überschneidungen sind kein Zufall: Vor allem DSTG-Chef Florian Köbler hat sich in den vergangenen Monaten mit Expertise eingebracht und zahlreiche Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern geführt. Umso erfreulicher ist es, dass die Positionen der DSTG nicht nur Gehör fanden und medienwirksam platziert werden konnten, sondern auch auf durchweg positive Resonanz stießen. Dieses Engagement trägt nun Früchte und hat im Koalitionsvertrag Berücksichtigung gefunden.

### Steuern

Die Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen soll gesenkt werden – geschehen soll dies zur

Mitte der Legislaturperiode – und damit in ca. zwei Jahren. Der Solidaritätszuschlag hingegen bleibt für einkommensstarke Bürger und Unternehmen – wie bisher auch – erhalten. Die Schere zwischen der Entlastungswirkung der Kinderfreibeträge und dem Kindergeld soll schrittweise verringert werden – bei einer Erhöhung des Kinderfreibetrags soll künftig auch eine adäquate Anhebung des Kindergelds erfolgen. Doch auch der Alleinerziehenden-Entlastungsbetrag soll angehoben bzw. weiterentwickelt werden. Ab 01.01.2026 soll die Pendlerpauschale schon ab dem ersten Kilometer bei 38 Cent liegen.

Zur Sicherung der Gewerbesteuer will man gegen Scheinsitzverlegungen in sog. Gewerbesteuer-Oasen wirksam vorgehen, wie dies konkret erfolgen soll bleibt allerdings offen. Immerhin wird der Gewerbesteuer-Mindesthebesatz von 200 auf 280 Prozent erhöht. An der Mindeststeuer für große Konzerne will die künftige Regierung festhalten und unterstützt die Arbeiten auf internationaler Ebene für eine dauerhafte Vereinfachung der Mindeststeuer.

Die Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie wird zum 01.01.2026 dauerhaft auf 7% reduziert – ob und wie dieser Vorteil allerdings an den Gast im Restaurant weitergegeben wird und nicht nur die Gewinnmarge der Betriebe erhöht, bleibt unklar.

Die steuerlichen Anreize für freiwillige Mehrarbeit – über die tariflich vereinbarte Vollzeitarbeit hinaus – sollen in Form von steuerfreien Überstundenzuschlägen erhöht werden. Darüber hinaus soll auch das freiwillige längere Arbeiten, nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters, dadurch attraktiver gemacht werden, dass man das Gehalt bis zu 2.000 € im Monat steuerfrei erhält.

### Steuerhinterziehung und Finanzkriminalität

Die kommende Regierung bekennt sich zur Sicherung der Einnahmen und zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit des Staates zu einem wirksamen Steuervollzug und sieht eine klare Notwendigkeit in der Bekämpfung von Steuerhinterziehung. Insbesondere den Defiziten bei bestehenden Registriertkassenpflichten soll Rechnung getragen werden. Auch sollen

unkooperative Steuerhoheitsgebiete konsequent in die „Schwarze Liste“ der EU aufgenommen werden, um gegen Steueroasen wirksam vorzugehen. Bei besonders schweren Fällen der bandenmäßigen Steuerhinterziehung sollen auch die Möglichkeiten zur Telefonüberwachung erweitert werden. Um künftig unberechtigte Vergünstigungen bei der Dividendenbesteuerung (sog. „Cum-Cum-Geschäfte“) zu vermeiden, sollen hierzu „weitere Maßnahmen geprüft werden“ – konkreter auf die genauen Maßnahmen eingegangen wird allerdings nicht.

Man verspricht sich außerdem, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit auszubauen und zu stärken, um härter gegen diejenigen vorzugehen, die illegale Beschäftigung betreiben oder die selbst schwarzarbeiten – und somit der Gemeinschaft schaden.

Zur wirksamen Bekämpfung von Geldwäsche und Finanzkriminalität sollen die Kompetenzen des Bundes im Bereich der Finanzkriminalität gebündelt werden. Insbesondere der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und nationalen wie internationalen Organisationen der EU soll verbessert werden, um entscheidende Verbesserungen bei der Geldwäschebekämpfung vorzunehmen. Ebenfalls sollen die Lücken im Transparenzregister weiter geschlossen werden.

In Bezug auf den Erhalt des Bargelds positioniert sich die Koalition klar für eine individuelle Wahlmöglichkeit bei den Geschäften des Alltags. Bargeld soll als gängige Zahlungsform erhalten bleiben – zusätzlich soll allerdings schrittweise mindestens eine digitale Zahlungsoption angeboten werden.

### Bürokratieabbau – mehr als nur Reduzierung der Steuerbürokratie

Die neue Koalition will sich für eine Steuervereinfachung durch Typisierungen, Vereinfachungen und Pauschalierungen einsetzen, damit das Steuersystem künftig besser von den Bürgerinnen und Bürgern akzeptiert wird. Neben einer Arbeitstagepauschale, in der Werbungskosten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammengefasst werden können, soll auch die Besteuerung der

Rentnerinnen und Rentner vereinfacht werden. Generell sollen diese Gruppen von Erklärungspflichten so weit als möglich entlastet werden. Außerdem verspricht der Koalitionsvertrag, bei jedem steuerrelevanten Gesetzgebungsverfahren auf Vereinfachung und Digitalisierbarkeit zu achten. Auch will man die Finanzverwaltung dahingehend stärken, dass Digitalisierung und Künstliche Intelligenz stetig ausgebaut werden. Hierzu gehört allerdings auch die schrittweise Verpflichtung zur digitalen Abgabe von Steuererklärungen. Entlastung kann für viele Bürgerinnen und Bürger mit einfachen Steuerfällen dabei eine vorausgefüllte und automatisierte Steuererklärung bieten – weshalb man derartige Angebote sukzessive ausweiten will. Langfristiges Ziel soll es außerdem sein, Körperschaften und Personengesellschaften auf Selbstveranlagung umzustellen.

Doch auch abgesehen von der Steuerbürokratie hat Deutschland viel Handlungsbedarf im Bereich der Regulierung und Kontrolle. Die neue Regierung plant daher, grundlegende Strukturreformen in Form einer ambitionierten Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung vorzunehmen.

Die Verwaltungen sollen künftig vernetzt, effizient und leistungsfähig, sowie niedrigschwellig und nutzerfreundlich für alle erreichbar sein. Konkret bedeutet dies eine Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und mehr und mehr antragslose Verfahren.

Beispielsweise könnte dies bedeuten, nach der Geburt eines Kindes, den Eltern automatisch einen Kindergeldbescheid zukommen zu lassen – wie es bereits heute in skandinavischen Ländern üblich ist. Nötig wird hierfür allerdings eine Art digitale Verwaltungsplattform – bei der alle Bürgerinnen und Bürger ihre Behördengänge mittels eines Bürgerkontos erledigen können.

Außerdem kündigt die neue Regierung in ihrem Vertrag an, mittels Aufgaben- und Ausgabenkritik bis 2029 den Personalbestand in Behörden zu senken. Aus Sicht der Bayerischen Finanzgewerkschaft müssen die Behörden in den nächsten Jahren ohnehin mit weniger Personal auskommen und dennoch gute Arbeit leisten. Beim Thema Bürokratie primär auf einen „ausgefuerten“ Personalkörper in

der Exekutive zu verweisen, halten wir für das falsche Signal. Die Zusage, die ressortübergreifende Zusammenarbeit auszubauen, erachtet die bfg allerdings als sinnvoll. Künftig mehr auf das Prinzip „Once-Only“ zu setzen ermöglicht es, Daten gegenüber dem Staat nur einmal angeben zu müssen und schafft mehr Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern. Außerdem ist auch der Arbeitsaufwand für die einzelnen Behörden deutlich geringer, wenn ein Datenaustausch zwischen den Verwaltungen ermöglicht wird.

### Stärkung von öffentlichem Dienst und Rechtsstaat

Im Koalitionsvertrag positiv hervorzuheben ist, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes als Stabilitätsanker des deutschen Staates herausgehoben werden. In den nächsten Jahren soll der öffentliche Dienst wieder attraktiver gemacht werden: durch eine Fachkräfteoffensive soll die Qualität und Verlässlichkeit im öffentlichen Dienst gewahrt werden. Konkret bedeutet dies, Führungskräfte entsprechend zu schulen, flexiblere Arbeitszeitmodelle und bessere Möglichkeiten für Führen in Teilzeit.

Daneben soll das öffentliche Dienstrecht grundlegend reformiert werden, um die starren Einstiegs- und Qualifikationsvoraussetzungen für die Verwaltungslaufbahnen zu öffnen. Auch Laufbahnwechsel sollen vereinfacht werden und Vergütungsmodelle sollen um leistungsorientierte Komponenten erweitert werden. Die Durchlässigkeit zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft soll verbessert werden. Auch wenn diese Entwicklungen aus Sicht der bfg sehr positiv zu bewerten sind, bleibt dennoch anzumerken, dass der Bund ausschließlich die Kompetenz für die Bundesebene innehat und demnach keine direkte Ableitung für die Wünsche und Nöte der Landesbeamten erfolgen kann.

Neben der Verwaltung soll aber auch der Rechtsstaat in der Gesellschaft gestärkt werden – die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die rechtsstaatlichen Werte müssen stärker in der Gesellschaft verankert werden. Hierzu soll eine verbesserte Digitalisierung, eine Verschlinkung und Beschleunigung von Verfahrensabläufen und eine personelle Stärkung erfolgen, um das

Vertrauen in Rechtsstaat und Demokratie wieder zu stärken.

### Und was bietet der Koalitionsvertrag sonst so?

Der umfangreiche Koalitionsvertrag bietet auch noch Einiges zu den Themen Wirtschaft, Haushalt, Klima, Energie und Migration. Ziel dieses Artikels ist es, die für unsere Mitglieder als Teil des öffentlichen Dienstes und der Steuerverwaltung relevantesten Punkte kurz zusammenzufassen.

Bei Interesse die weiteren Punkte aus dem Koalitionsvertrag selbst nachzulesen, lohnt sich auf jeden Fall!

QR-Code  
scannen  
und  
direkt  
selber



im Koalitionsvertrag  
alle Punkte nachlesen!

„Die Früchte unserer immensen Arbeit der letzten Monate lassen sich am Koalitionsvertrag deutlich sehen – nun liegt es an unserer neuen Regierung, die vielen positiven Ansätze zum Thema Steuerpolitik auch wirklich sinnvoll umzusetzen“, so resümiert DSTG-Vorsitzender Köbler treffend. Bedeutsam, so die DSTG, sei auch, dass die Modernisierung der Steuerverwaltung so zentral im Koalitionsvertrag genannt werde. Sie soll digitaler, effizienter und serviceorientierter werden und könne so enorme Entlastungen für Bürger, Unternehmen und Beschäftigte bringen.

Ob Deutschland mit der Koalition aus CDU, CSU und SPD tatsächlich eine „starke und handlungsfähige Regierung“ bekommt, wie CDU-Chef Friedrich Merz bei der Vorstellung der Ergebnisse verlauten hat lassen, bleibt allerdings abzuwarten. Nicht zuletzt gilt es nicht nur bei Koalitionsverträgen, sondern vor allem bei der täglichen Regierungsarbeit, regelmäßig Kompromisse zu finden und die Grenzen, die bei den einzelnen Partnern doch recht unterschiedlich aussehen, zu überwinden. Zu wünschen ist es unserer neuen Regierung – und nicht zuletzt ganz Deutschland.

## DSTG fordert Kassenbon-Lotterie: Mit Anreizen gegen Steuerbetrug

Ein Bericht der Süddeutschen Zeitung zeigt: In vielen Ländern ist die Bon-Lotterie längst erfolgreich im Einsatz – jetzt fordert die DSTG auch in Deutschland entschlossenes Handeln.

*In einem ausführlichen Beitrag der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 1. Mai 2025 wird ein Thema aufgegriffen, das die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) seit Langem beschäftigt: der wirksame Kampf gegen Steuerhinterziehung im Bargeldbereich. Besonders im Fokus steht dabei die Forderung von DSTG-Bundesvorsitzendem Florian Köbler, auch in Deutschland eine sogenannte Kassenbon-Lotterie einzuführen – ein Instrument, das sich in zahlreichen europäischen Ländern bereits erfolgreich bewährt hat.*

Die SZ verweist auf Vorbilder wie Portugal, Österreich oder Italien, wo Kundinnen und Kunden durch die Möglichkeit, mit Kassenbons an Verlosungen teilzunehmen, motiviert werden, ihre Belege einzufordern. Das Ziel: Manipulationen an der Ladenkasse erschweren und so Steuereinnahmen sichern, die dem Gemeinwesen ansonsten entgehen würden. In Portugal etwa winken Luxusautos als Hauptpreise, in Griechenland werden Kartenzahler regelmäßig belohnt.

Florian Köbler begrüßt diese Ansätze ausdrücklich und sieht sie als praktikable Maßnahme zur Förderung von Steuerehrlichkeit. Im Interview mit der SZ betont er, dass „Beleg-Lotterien die Steuerehrlichkeit erhöhen, ohne Grundrechte unverhältnismäßig einzuschränken.“ Vor allem dort, wo Bargeld dominiert – etwa in der Gastronomie, im Friseurgewerbe oder bei kleinen Einzelhändlern – könne mit solch spielerischen Anreizen ein großer Effekt erzielt werden.

Die SZ berichtet weiter über die Pläne der Bundesregierung, ab 2027 manipulationssichere Kassensysteme für Betriebe mit einem Jahresumsatz über 100.000 Euro verpflichtend einzuführen. Auch diese Maßnahme findet die Unterstützung der DSTG, auch wenn Köbler sich ursprünglich für eine niedrigere Schwelle von 25.000 Euro ausgesprochen hatte. Entscheidend sei jedoch, so der DSTG-Chef, dass der Koalitionsvertrag damit ein deutliches Zeichen setze: „Null Toleranz bei Finanzkriminalität“.

Köbler fordert darüber hinaus, dass



steuerliche Entlastungen – wie der reduzierte Mehrwertsteuersatz für Speisen – gesetzlich mit der Pflicht zur Nutzung elektronischer Registrierkassen und zur Akzeptanz mindestens einer digitalen Bezahlmethode verknüpft werden. Damit soll verhindert werden, dass steuerliche Vorteile missbraucht werden, ohne dass gleichzeitig für Transparenz gesorgt ist.

Die SZ zitiert Köbler auch mit Blick auf mögliche Sanktionen gegenüber Betrieben, die sich den digitalen Mindestanforderungen verweigern. Der Staat könne im Gegenzug zur Steuererleichterung erwarten, dass Betriebe für Fairness sorgen: „Wer

sich dem verweigert, sollte seine Konzession verlieren.“

Der Vorschlag, in Deutschland eine Kassenbon-Lotterie einzuführen – möglicherweise mit attraktiven Gewinnen wie E-Autos – wäre aus Sicht der DSTG ein nächster logischer Schritt. Dass dies in vielen anderen Ländern längst funktioniert, zeige: Der Staat kann mit Anreizen arbeiten, nicht nur mit Kontrollen.

Die Süddeutsche Zeitung gibt mit ihrem Artikel der Debatte um fairen Wettbewerb und mehr Steuergerechtigkeit neuen Schwung – und stellt die Position der DSTG dabei klar in den Mittelpunkt.

### Europa macht's vor – Kassenbon-Lotterien gegen Steuerbetrug

**Portugal:** Steuer-ID auf dem Bon – Gewinne: Luxusautos

**Italien:** Barcode-System – Verlosung elektronisch registrierter Belege

**Griechenland:** Belohnung von Kartenzahlungen mit monatlichen Verlosungen

**Slowakei:** Online-Registrierung von Bons für den Jackpot

**Tschechien, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien:** Verschiedene Modelle von Lotterien im Einsatz

**Deutschland:** Noch kein Lotterie-System – aber die DSTG fordert es jetzt.

# to go

## FAQs – kurz und knapp



### Pflege Teil 1: Anspruch und Pflegegrad

Die Pflege eines Angehörigen oder etwa selbst Pflegebedürftig zu sein, ist eine komplizierte Sache. Wir werden deshalb hierzu in mehreren Teilen etwas Licht ins Dunkel bringen.

Eine dauernde Pflegebedürftigkeit (mind. sechs Monate) muss in Form eines Pflegegrades festgestellt werden. Bei privat Versicherten muss ein Antrag auf Begutachtung bei der privaten Pflegeversicherung gestellt werden. Diese beauftragen dann das Unternehmen Medicproof zur Feststellung der Pflegebedürftigkeit und des Pflegegrades. Ein Pflegegrad wirkt immer zurück auf das Datum, an dem der Antrag gestellt wurde. Eine spätere Erhöhung des Pflegegrades ist ebenso zu beantragen.

Bei gesetzlich Versicherten muss der Antrag bei der gesetzlichen Pflegekasse gestellt werden. Daraufhin beauftragt die Pflegekasse den Medizinischen Dienst (MDK) zur Begutachtung und Feststellung des Pflegegrades. Bei nichtpflegeversicherten Personen ist ein amts- oder vertrauensärztliches Gutachten über die Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung zu einem bestimmten Pflegegrad über die zuständige Beihilfestelle einzuholen. Die Pflegeberatung für Beihilfeberechtigte, die privatversichert sind, erfolgt durch die Firma Compass. Diese Firma ist die erste Anlaufstelle, wenn man selbst oder ein naher Angehöriger pflegebedürftig wird. Die Kosten für diese Pflegeberatung werden direkt mit der Beihilfestelle gemäß § 7a SGB XI abgerechnet und es entstehen für die Person keine Kosten.

Pflegebedürftige haben, unterschieden nach Pflegegrad, einen Anspruch auf eine halbjährliche bzw. vierteljährliche Beratung nach § 37 Abs 3 SGB XI in den eigenen Häuslichkeiten, um die aktuelle Pflegesituation zu beurteilen. Diese Beratung wird meistens durch die Firma compass durchgeführt und dem Beihilfeberechtigten in Rechnung gestellt, die er anschließend bei der Beihilfe und der privaten Pflegeversicherung einreicht. Im Rahmen von diesen Besuchen kann auch direkt ein höherer Pflegegrad beantragt werden. Die Vorschriften für die Beihilfe im Pflegefall sind in den §§ 31 bis 40 BayBhV zu finden. Jeder Beihilfeberechtigte hat auch weiterhin Anspruch auf Beihilfe im Pflegefall. Somit erhalten der Beamte, seine berücksichtigungsfähigen Kinder und der berücksichtigungsfähige Ehegatte – wenn die Einkommensgrenze nicht überschritten wird – Beihilfe im Pflegefall. Die Beihilfe im Pflegefall unterscheidet sich somit grundsätzlich nicht von den Bemessungssätzen bei der normalen Beihilfe.

Eine Besonderheit stellen die freiwillig gesetzlich versicherten, beihilfeberechtigten Personen dar. Diese haben einen Anspruch auf Beihilfe bei Pflegeleistungen in Höhe von 50 Prozent obwohl sie auch Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung erhalten.

Ist der eigenständig gesetzlich versicherte Ehegatte beihilfeberechtigt, weil der Gesamtbetrag der Einkünfte im zweiten Kalenderjahr vor der Stellung des Beihilfeantrags 21.832 Euro nicht übersteigt, erhält er die Differenz zwischen den Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherungen und der beihilfefähigen Aufwendungen entsprechen seinem Bemessungssatz von 70 Prozent. Im Bereich der stationären Pflege besteht u.U. die Möglichkeit, eine zusätzliche Beihilfe zu den Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung einschließlich Investitionskosten nach § 36 III BayBhV als ergänzende Fürsorgeleistung als einkommensabhängige Mehrleistung zu gewähren.

# ... DER NEWSTICKER ...

## .. DER NEWSTICKER ..

### Tarifabschluss Bund und Kommunen

Die Eckpunkte des Tarifabschlusses vom 6. April 2025 beinhalten ab April 2025 drei Prozent mehr Geld, mindestens aber 110 Euro. Eine weitere Erhöhung um 2,8 Prozent erfolgt ab Mai 2026. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 27 Monate, bis zum 31. März 2027. Darüber hinaus steigen die Zulagen für besonders belastende Arbeitszeiten deutlich: von 40 auf 100 Euro monatlich für Schichtdienste, von 105 auf 200 Euro für Wechselschichtdienste, in Krankenhäusern von 155 auf 250 Euro. Alle Zuschläge werden dynamisiert, steigen also bei künftigen Tariferhöhungen prozentual mit. Für Auszubildende gibt es insgesamt 150 Euro mehr, jeweils 75 Euro ab April 2025 und ab Mai 2026.

Bei der Arbeitszeit wurde ein zusätzlicher Urlaubstag ab dem Jahr 2027 vereinbart. Daneben verständigten sich die Tarifparteien auf die Einführung eines Langzeitkontos sowie verbesserter Regelungen bei der Gleitzeit. Zudem kann die Jahressonderzahlung (13. Monatsgehalt) künftig in bis zu drei freie Tage umgewandelt werden, um mehr Flexibilität und Zeitsouveränität zu erreichen. Die Jahressonderzahlung wird dafür insgesamt erhöht: bei den Kommunen einheitlich auf 85 Prozent, beim Bund auf 75 bis 95 Prozent des Monatsgehalts.

### Wipijewski im Beirat der Akademie für Politische Bildung

Jeder kennt die Politikwissenschaftlerin Prof. Ursula Münch aus Interviews und Gesprächsrunden zu politischen Themen. Ihre Rolle rührt insbesondere daher, dass sie seit Herbst 2011 als Direktorin die Akademie für Politische Bildung leitet. Um was es bei dieser Einrichtung geht, fasst der Wikipedia-Eintrag gut zusammen: „Die Akademie für Politische Bildung in Tutzing am Starnberger See ist ein interdisziplinär arbeitendes Forum für Wissenschaft, Politik und Bildungsarbeit, ein Kompetenzzentrum für politische Bildung sowie eine Forschungseinrichtung, die sich



### Maibockanstich im Hofbräuhaus

Dieses Jahr fand der Maibockanstich im berühmtesten Wirtshaus der Welt bereits am 2. April statt. – Wegen der Koalitionsverhandlungen in Berlin allerdings erstmals ohne Ministerpräsident Markus Söder! Das Hofbräuhaus gehört als Staatsbetrieb zum Finanzressort. Hausherren deshalb Finanzminister Albert Füracker und Direktor Dr. Michael Möller. Neben dem Fassansthich standen die Reden von Minister Füracker und dem Kabarettisten Django Asül im Mittelpunkt. Mit dabei viel politische Prominenz – und seitens der bfg Gerhard Wipijewski, David Dietz, Katja Graßer und Eva Braun. Viel Gelegenheit zu Gesprächen mit Abgeordneten. Auf den Fotos festgehalten Begegnungen mit Finanzminister Albert Füracker, Landtagsvizepräsident Tobias Reiß, dem aktuellen öD-Vorsitzenden Dr. Martin Brunnhuber sowie seinen Vorgängern Ingrid Heckner und Tobias Reiß, mit den beiden CSU-Haushältern Werner Stieglitz und Patrick Grossmann, mit SPD-Fraktionschef Holger Gießhammer, sowie den beiden Grünen-Haushältern Claudia Köhler und Tim Pargent.

mit aktuellen und grundsätzlichen Themen der nationalen und internationalen Politik, der Verfassungspolitik, gesellschaftlichen Entwicklungen sowie der Zeitgeschichte und der politischen Philosophie befasst. Vom Bayerischen Landtag 1957 durch ein eigenes Landesgesetz als Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet, fördert sie die politische Bildung überparteilich und überkonfessionell. Sie ist eine einzigartige Institution in der politischen Bildungslandschaft

Deutschlands und darüber hinaus.“

Alle vier Jahre wird ein Beirat aus Politikern, Wissenschaftlern, Vertretern von Kirchen, aus der Wirtschaft und Verbänden gewählt bzw. ernannt. Er soll die Verbindung zwischen Akademie und der Öffentlichkeit herstellen und die Direktorin beraten.

Diesem 26-köpfigen Beirat gehört seit dem 30. April Gerhard Wipijewski als der Vertreter der Gewerkschaften in Bayern an. Herzlichen Glückwunsch zu dieser interessanten Aufgabe!

## Venusgrotte von Schloss Linderhof wiedereröffnet

Am 30. April haben Ministerpräsident Söder und Finanzminister FÜRCKER nach zehnjähriger Restaurierung die Venusgrotte im Park von Schloss Linderhof feierlich wiedereröffnet. Nicht zuletzt wegen der hochprofessionellen Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Schlösserverwaltung konnte dieses Juwel für die kommenden Generationen gesichert werden und erstrahlt in neuem Glanz!

1877 nach den Vorstellungen König Ludwigs II. erbaut, stellt die Venusgrotte den Höhepunkt der Illusionsarchitektur des Märchenkönigs dar. In der Form einer künstlichen Tropfsteinhöhle von 90 Metern Länge, bis zu 14 Metern Höhe, mit 30.000 Stalaktiten und 465 Stalagmiten wird einerseits der 1. Akt von Richard Wagners Oper Tannhäuser in Szene gesetzt, andererseits durch entsprechende Beleuchtung an die Blaue Grotte von Capri erinnert. Um die Visionen König Ludwigs umzusetzen wurde vor bald 150 Jahren die weltweit erste farbige Beleuchtung installiert, eine Regen-



bogenmaschine und eine Wellenmaschine. Dazu bedurfte es damals des ersten autarken Kraftwerks der Welt – auf 990 Meter über dem Meeresspiegel!

Über die Jahrzehnte traten an der Grotte immer deutlichere Schäden zutage, so dass bereits in den 1960er Jahren erste Sicherungsmaßnahmen nötig waren. 2015 wurde dann mit

der Sanierung des Außenbereichs begonnen, 2017 mit der Innensanierung.

bfG-Vorsitzender Gerhard Wipijewski zeigte sich beim Festakt begeistert, hatte er doch vor einem Jahr noch einzelne Werkstücke in den Nymphenburger Restaurierungswerkstätten in der Bearbeitung durch die Kolleginnen und Kollegen bestaunen können.

# WIR GRATULIEREN

Runde Geburtstage im Mai 2025

## 90. Geburtstag

Erhard Klos, FA Kitzingen; Alfred Linke, FA Rosenheim; Franz Burghaler, FA Passau; Max Rampp, FA Günzburg; Edeltraud Schulz, FA Lichtenfels

## 85. Geburtstag

Manfred Thurner, FA Traunstein; Helmut Müller, FA Ebern; Herbert Dörfler, FA Kulmbach; Christof Wohlfarth, LfSt DSt Nürnberg; Johann Weidinger, FA Mühldorf

## 80. Geburtstag

Jan Otto Silberbauer, FA Hof; Peter Hager, FA Berchtesgaden; Franz Alscher, FA München Abt. IV; Dankwart John, FA Coburg; Ivo Bergbach, FA Regensburg; Werner Beck, FA Regensburg; Wilhelm Fischer, FA Bad Kötzing

## 75. Geburtstag

Johann Hiebl, FA Cham; Karl Wittmann, ZFA Nürnberg; Annemarie Gröninger, FA Regensburg; Rudolf Schneid, FA Memmingen; Josef Ernst, FA Augsburg-Land; Herbert Tobisch, FA Würzburg; Elfriede Böhm, FA Traunstein; Walter Hamburger, FA Aschaffenburg; Sieghild Korn, FA Pfaffenhofen; Stefan Reisinger, FA Regensburg; Theodor Schuster, FA Passau; Walter Stiel, FA Forchheim; Josef Popp, FA Landshut; Alois Seidl, FA Dingolfing; Anton Draxl, FA Füssen

## 70. Geburtstag

Gerlinde Eberl, FA Kelheim; Maria Anna Mosca, FA Landshut; Wolfgang Hahn, FA Erlangen; Maria Anna Deisenhofer, FA Augsburg-Land; Elisabeth Fett, FA Landshut; Franz Bohmann, FA Bad Kötzing; Anton Schwarzmeier, bfg-GSt; Monika Angerer, FA Eggenfelden; Sebastian Zellner, FA München Abt. V, BP; Michael Ruf, FA Würzburg; Christa Ried, FA Neumarkt; Christine Veh, FA Günzburg; Paul Dippl, FA München Abt. V, BP; Brigitte Wolf, FA Kronach; Elisabeth Bink, FA Nürnberg-Nord; Klaus Kores, FA Cham; Gisela Schwarz, FA Regensburg; Maria Kammerlander, FA Aschaffenburg; Christine Weger, FA Schweinfurt

## 65. Geburtstag

Gabriele Direktor, FA Neuburg; Gabriele Herde, LfF DSt München; Jürgen Wilke, FA Eichstätt; Alois Beierl, FA Kaufbeuren; Robert Pirner, FA Amberg; Petra Höfer-Paweletzki, FA Würzburg; Angelika Wallner, FA Dachau; Silvia Terfrüchte, FA Erlangen; Elisabeth Schmall, FA Neumarkt; Helmut Martin, FA München Abt. I; Irene Giermeier, FA Passau; Karin Schweiger, FA Fürstenfeldbruck; Ludwig Vogl, FA Augsburg-Stadt; Hubert Schrems, FA Waldsassen; Peter Erhardt, FA Garmisch-Partenkirchen; Gabriele Gauer, IMBY Zentrale

## Bildungsreise der dbbjb nach Tirana



Die Gruppe des Europaseminars vor der deutschen Botschaft mit dem stellv. Botschafter Thilo Schroeter.

Von 6. bis 11. April 2025 hat das erste diesjährige Europaseminar der deutschen beamtenbund jugend bayern (dbbjb) nach Tirana in Albanien stattgefunden.

Die dbbjb ist die Jugendorganisation unseres Dachverbandes Bayerischer Beamtenbund (BBB).

Das Seminar haben zwei aktive bfg-Jugend-Mitglieder geleitet. Alina Burkhard und Katja Graßer haben die 26 Teilnehmer große Gruppe, der mitunter weitere bfg-Jugend-Mitglieder angehörten, durch das Programm begleitet. Da es sich um eine bildungspolitische Reise gehandelt

hat, haben die interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam einige politische Institutionen in Tirana besucht – darunter die deutsche Botschaft, das albanische Parlament, das Goethe-Zentrum und die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Die verschiedenen Sichtweisen auf die politische Lage des Landes haben jeweils zu einem angeregten Austausch geführt. Über die bewegte Geschichte des Landes, das etwas kleiner ist als das Bundesland Baden-Württemberg, haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in verschiedenen Museen informiert.

Abgerundet wurde das intensive Programm durch Ausflüge, um die Stadt näher zu erkundigen und gemeinsame Abendessen, bei denen die gute albanische Küche probiert wurde.

## Ein Jahr nach dem Landesjugendtag: bfg-Jugend zieht Zwischenbilanz

Ein Jahr nach dem 16. bfg-Landesjugendtag im April 2024 in Landshut blickt die neu aufgestellte Landesjugendleitung (LJL) um Vorsitzenden Stefan Bloch auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Was die bfg für ihre Mitglieder bisher erreicht hat und was oben auf der Agenda steht, stellen wir hier vor.

Mit viel Elan jedes Einzelnen und natürlich auch mit der Unterstützung der bfg-Landesleitung und den bfg-Bezirksleitungen packte die neue LJL sehr früh die verschiedenen Aufgaben – angefangen bei den Schulungen für die im Februar neu gewählten Jugend- und Auszubildendenvertreter, dem Packen von über 1.000 Anwärtertaschen bis hin zur Teilnahme an den überregionalen Tagungen. Neben sechs Sitzungen der Landesjugendleitung und zwei Sitzungen des Landesjugendausschusses fand eine Vielzahl von kleineren Treffen und ein Austausch in Telefonaten und E-Mails statt.

Der Landesjugendtag beauftragte die Landesjugendleitung mit über 180 Anträgen. Mit Stolz kann man behaupten, dass einige dieser Anträge bereits als erledigt gelten. Andere wiederum brauchen mehr Geduld, aber es heißt ja bekanntlich: Steter

Tropfen höhlt den Stein.

Hier einige der Erfolge, die die bfg im vergangenen Jahr erreichen konnte und die vorallem die jungen Beschäftigten tangierten:

- Modernisierung LPA-Verfahren in vollem Gange
- Verbeamtung Verwaltungsinformatiker bereits nach 6 Monaten
- WLAN in Kaufbeuren
- Laptops für alle Anwärter
- Erhöhung der Aus-, Fortbildungs-, und Lehrnebenvergütungen um 10%
- Abschaffung Rotationspunkte

### Erstes Gespräch im Landesamt für Steuern

Im November 2024 konnte ein erstes Treffen mit dem Präsidenten des Landesamtes für Steuern, Paul Alexander Köng stattfinden. In dem Gespräch, an dem die gesamte Landesjugendleitung teilnehmen konnte, wurde schnell klar, dass die Marschrichtung der bfg-Jugend in Sachen Nachwuchsgewinnung und Nachwuchsbindung auch mit der Sicht des Landesamt-Präsidenten übereinstimmt. Weitere Gespräche sind bereits in Planung. Zudem führt die hervorragende Präsenz der Bezirksjugendleitungen an den Ausbildungs-

stätten in Herrsching, Kaufbeuren, Ansbach, Dinkelsbühl und Herrieden dazu, dass hier die Informationen direkt zum Nachwuchs der Steuerverwaltung fließen können.

### Weitere Agenda für 2025

Die Bestellung von neuen Werbemitteln ist bereits in der Pipeline. Außerdem bereitet sich die bfg-Jugend im Herbst bereits für den Wahlkampf zu den in 2026 stattfindenden Jugend- und Auszubildendenvertreter-Wahlen vor. Eine weitere große Aufgabe ist die Implementierung von zwei Ausbildungsgruppen der 2. QE am Standort München. Auch hier will sich die bfg-Jugend einbringen.

Auf Veranstaltungsseite organisieren die Bezirksjugendleitungen um Barbara Lindl und Janet Höfling neben den beliebten Events wie Bubble-Soccer-Turnier (14. Mai 2025 in Herrsching) und Pub Quiz auch wieder Spielbank-Fahrten (26.05.2025 nach Garmisch-Partenkirchen). Folgt unseren Social Media Kanälen um nichts zu verpassen!

Als Fazit des ersten Jahres: Die bfg hat vieles zusammen geschafft und die LJL harmoniert sehr gut. Auf Basis dieser Harmonie wird auch in den nächsten Jahren hochmotiviert weitergearbeitet!

## Verbeamtung der Informatiker bereits nach 6 Monaten! Langjährige Forderung der bfg wird endlich umgesetzt!

**Verbeamtung der Informatiker bereits nach 6 Monaten! Langjährige Forderung der bfg wird endlich umgesetzt!**

Der bfg-Arbeitskreis IT mahnte in der Vergangenheit bereits mehrfach an, dass die Verbeamtung der Fachinformatiker erst nach 3 Jahren zu spät erfolgt. Bereits im Herbst 2023 waren Veränderungen der Fachverordnung Verwaltungsinformatiker angekündigt, die eine schnellere Verbeamtung möglich gemacht hätte. Sie unterblieb jedoch. Der Arbeitskreis IT berichtete bereits mehrmals in der bfg-Mitgliederzeitschrift.

Erst durch ein Arbeitskonzept des AK ist es überhaupt zu dem Änderungs-willen gekommen. Die bfg-Jugend, die sich stets mit der Nachwuchsgewinnung in der Finanzverwaltung beschäftigt, ist der Initiative sehr dankbar. Es konnte somit ein ernsthafte Verbesserung für die Gewinnung

von Fachinformatikern erreicht werden. Steigende technische Aufgaben erfordern auch mehr Personal im IT-Bereich.

Die nun letzte Änderung der FachV-VI im Oktober 2024 veranlasste nun endlich die schnellere Verbeamtung. Die Umsetzung erfolgt jetzt durch das Bayerische Landesamt für Steuern. Die Abschlussjahrgänge ab 2023 werden nun beginnend zum 1. Juni 2025 verbeamtet.

Auch die Diskrepanz zu extern ausgebildeten und eingestellten Informatikern oder zu denen, die am Landesamt für Steuern übernommen werden, ist dadurch geringer geworden. Diese können sofort in ein Beamtenverhältnis übernommen werden.

Die bfg-Jugend fordert jedoch weiterhin Änderungen bei der Gewinnung von Informatikern.

Hierzu gäbe es, um nur wenige zu nennen, folgende Möglichkeiten:

- Der IT-Test findet zentral an der Hochschule in Hof statt. Technisch wäre es bestimmt möglich diesen Test auch an anderen Standorten stattfinden zu lassen. Somit könnte man sicherlich mehrere junge Nachwuchskräfte für die Fachrichtung überzeugen.
- In der Fachverordnung zum nicht-technischen Verwaltungsdienst heißt es in § 6 Abs. 5: „Die Ausbildungsleitstelle kann zulassen, dass bis zu drei Monate der berufspraktischen Ausbildung bei einem privatwirtschaftlichen Unternehmen oder einer geeigneten Stelle im Ausland abgeleistet werden.“

Diese Ergänzung sähen der Arbeitskreis IT und die bfg-Jugend auch in der BayFachV-VI als sinnvoll an. Ein Auslandssemester wäre dadurch möglich.

## Die Jugend stellt sich vor



### Lisa Bayer

**Aufgabe:** kooptiertes Mitglied  
**Alter:** 33 Jahre  
**Wohnort:** Landkreis Regensburg  
**Dienststelle:** Finanzamt Landshut



#### Aufgabe in der BJJ:

Mitgliederbetreuung, Organisation von Veranstaltungen



#### Hobbies:

Reisen, Wandern



#### Herzensthema in der bfg:

Verbesserung der technischen Ausstattung, angemessene Alimentation, flexible Arbeitsmöglichkeiten für alle Beschäftigten



### David Knüttel

**Aufgabe:** stellv. Bezirksjugendleiter Nordbayern  
**Alter:** 29 Jahre  
**Wohnort:** Machtilshausen  
**Dienststelle:** Finanzamt Lohr am Main, Außenstelle Karlstadt



#### Aufgabe in der BJJ:

Organisation bei der Durchführung von Veranstaltungen, Mitgliederbetreuung und-gewinnung



#### Hobbies:

Skifahren, National Football League



#### Herzensthema in der bfg:

Verbesserung der Aufstiegschancen sowie Verbesserung der Nachwuchsgewinnung

## Ortsverbände BayLfSt München Steuer und luK

### Wahlen und eine besondere Ehrung

Im April haben die beiden Münchner Ortsverbände am BayLfSt zur gemeinsamen Ortsverbandsversammlung eingeladen. In gemütlicher Runde kamen Mitglieder zusammen, um langjährige Mitgliedschaften zu ehren, den Vorstand zu wählen und sich über aktuelle Entwicklungen in der Gewerkschaftsarbeit auszutauschen.

Zu den emotionalsten Momenten zählten zweifelsohne die Mitglie-der-ehrun- gen. Drei Mitglieder wurden für ihre langjährige Treue ausgezeichnet: Petra Feßler-Hebauer für 25 Jahre, Elke Skopan für 40 Jahre und Rudolf Haider, der bereits seit sagenhaften 60 Jahren Mitglied der bfg ist.

Die bisher kommissarisch eingesetzten Vorstandsmitglieder wurden bei den anschließenden Wahlen offiziell bestätigt. Lukas Moj wurde einstimmig von den anwesenden Mitgliedern gewählt. Dies gilt auch für Stellvertreter Marcel Hartung. Vollständig macht das luK-Team nun Erich Hirsch, der ebenfalls als stellvertreter Vorsitzender gewählt wurde.

Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs berichtete über die aktuellen gewerkschaftspolitischen Themen. Sie ging dabei unter anderem auf den Nachtragshaushalt 2025 und die aktuellen Entwicklungen der Tarifrunde des TVöD ein. „Der für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geltende Tarifvertrag TV-L läuft bis Ende Oktober 2025. Wir werden uns dann einbringen!“, so Fuchs. Von ihr angesprochen wurde auch die unzureichende Personalausstattung, wobei die Themen Nachwuchskräftegewinnung und berufliches Fortkommen für Bestandsbeamtinnen und -beamte mit den Anwesenden kontrovers diskutiert wurde. Im Anschluss gaben die beiden Ortsvorsitzenden Stefanie Franke (Steuer) und Lukas Moj (luK) einen kurzen Rückblick auf die Gewerkschaftsarbeit der letzten Monate vor Ort. Im Rahmen der Mitgliederbetreuung und -gewinnung werden regelmäßig Veranstaltungen angeboten. Zusammen mit Bastian Oertel, dem Ortsjugendleiter des Steuerbereichs, wurde im Februar 2025 das zweite AfterWorkQuiz ausgearbeitet. Bei einer Brotzeit klang das Treffen in geselliger Runde aus.



Die Mitglieder des Ortsverbandes mit der Ortsvorsitzenden Stefanie Franke (ganz links) und dem Ortsjugendleiter Bastian Oertel (2. Reihe ganz links) sowie der Bezirksvorsitzenden Birgit Fuchs (ganz rechts) ehren Elke Skopan, Petra Feßler-Hebauer und Rudolf Haider.



Die Mitglieder des Ortsverbandes BayLfSt luK mit dem neugewählten Vorstand: Vorsitzender Lukas Moj (3. von rechts) mit seinen Stellvertretern Marcel Hartung (2. von rechts) und Erich Hirsch (ganz rechts).



### Besuch des MAN Werks in München

Bei einer gut 90-minütigen Tour durch das Werk wurde den 13 Mitgliedern ein spektakulärer Einblick in den Zusammenbau eines LKWs gewährt. Von der Montage des Fahrgestelles über die Hochzeit (Verbindung von Fahrgestell und Fahrerkabine) bis hin zum ersten Erwachen des Brummis konnten sämtliche Schritte hautnah erlebt werden. Dabei waren nicht nur bfg-Mitglieder aus den beiden Ortsverbänden des BayLfSt, sondern auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Finanzamt München Abt. I und Abt. IV.

# ASTQ4 Seminar 2025: Gesund und resilient in die Arbeitswelt der Zukunft – mehr Selbst- bestimmung durch KI und Digitalisierung!

Dienstag, 14.10.2025,  
14:00 Uhr bis

Donnerstag, 16.10.2025,  
12:30 Uhr

Ansbach, Hotel Hürner

Die bfg bietet Mitgliedern der vierten Qualifikationsebene in der bayerischen Finanzverwaltung wieder ein dreitägiges Herbstseminar an, in dem verschiedene aktuelle Fragestellungen der Führungsebenen erörtert werden.

Neben einem Workshop zum Thema „Von Babyboomer bis GenZ – Generationskonflikte mit neuen Herausforderungen an Führungskräfte“, wird Dipl.-Psych. Egid-Quirin Roth von der Psychosozialen Beratungsstelle beim Landesamt für Finanzen einen Vortrag darüber halten, wie man trotz hoher Anforderungen, Krisen und Konflikten psychisch gesund bleiben kann. Wie kann man mit den Belastungen der heutigen Zeit richtig umgehen?

Die Teilnahme ist für bfg-Mitglieder gebührenfrei; für Nichtmitglieder erheben wir einen Beitrag von 510 Euro. Anmeldeschluss ist der 16.09.2025. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Anmeldungen werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.

**GLEICH ZUR  
ANMELDUNG:**

QR-Code scannen  
und anmelden



**FRAGEN AN:**

David Dietz

david.dietz@bfg-mail.de

## Besser finanzieren mit unserem besten BBBank-Zins<sup>1</sup>



Sie haben große Pläne? Dann haben wir die passende Baufinanzierung. Als Hausbank des dbb vorsorgewerk bieten wir Ihnen individuelle Beratung und unseren aktuell besten BBBank-Zins<sup>1</sup>.

Exklusiv für  
dbb-Mitglieder  
und ihre  
Angehörigen



Jetzt informieren

[www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb) oder Mail zum Thema  
**Baufinanzierung für dbb-Mitglieder an**  
[baufinanzierung@bbbank.de](mailto:baufinanzierung@bbbank.de)

<sup>1</sup> Sie legen der BBBank vor Darlehensvertragsabschluss ein personalisiertes, aktuelles (nicht älter als fünf Bankarbeitstage) und verbindliches Konkurrenzangebot eines Kreditinstituts mit Sitz in Deutschland mit konkreten Parametern (Zinssatz – variabel/fest, Zinsbindung, Rate/Tilgung, Immobilie und Sondertilgungsoptionen) vor. Dieses muss dieselben Parameter enthalten wie das künftige Darlehen, das mit der BBBank geschlossen werden soll. Die BBBank wird Ihnen sodann ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten. Sollte die BBBank die Kundenbonität oder Sicherheitenbewertung anders bewerten als das Kreditinstitut, das das Vergleichsangebot erstellt hat, kann sie die Darlehensvergabe ablehnen. Dieses Angebot gilt ausschließlich für Produkte, die im Leistungsangebot der BBBank enthalten sind und ist bis zum 31.12.2025 befristet.

## Ortsverband FA München Abt III Bewertung Neuwahlen und informativer Austausch

Von den insgesamt 22 bfg-Ortsverbänden des Finanzamts München mit Bearbeitungsstellen ist der Ortsverband München, Abteilung III Bewertungsstelle einer, der schon zu Zeiten des damals eigenen Finanzamts für Grundbesitz und Verkehrssteuern gegründet wurde. Aktuell sind seine Mitglieder in der Bedarfsbewertung, der 50a-Stelle, der Fachstelle für Grundstückswertermittlung und der Einheitsbewertung tätig. Der Einladung zur Versammlung waren erfreulicherweise auch pensionierte Kolleginnen und Kollegen gefolgt. Birgit Fuchs als bfg-Bezirksvorsitzende Südbayern konnte als Gast begrüßt werden und informierte zunächst über die aktuelle Personal- und Arbeitssituation. Sie stellte insbesondere die unzureichende Entwicklung beim Personalstand und in dem Zusammenhang die umgesetzten sowie geplanten Neuerungen in der Nachwuchskräftegewinnung dar. Im Anschluss erfolgten dann die Neuwahlen. Nach 10 Jahren kandidierte die Ortsvorsitzende Angelika Fellner-Wipijewski nicht mehr für diese Position. Tanja Fichtner wurde zur neuen Ortsvorsitzenden gewählt,



Anita Karch, Tanja Fichtner, Tobias Christmann, Angelika Fellner-Wipijewski und Birgit Fuchs

Tobias Christmann zu ihrem Stellvertreter. Die neue Vorsitzende Tanja Fichtner und die Bezirksvorsitzende Birgit Fuchs dankten sodann Angelika Fellner-Wipijewski für die Arbeit an der Spitze des Ortsverbandes und hoben besonders ihren Einsatz bei der Unterstützung und Beratung der Kolleginnen und Kollegen vor Ort hervor. Birgit Fuchs betonte aber auch den gewerkschaftlichen Werdegang und das langjährige außerordentliche Engagement von Angelika Fellner-Wipijewski: Sie engagierte sich als Bezirksjugendvorsitzende,

Mitglied der Hauptjugendvertretung und stellvertretende Landesjugendleiterin genauso wie als langjährige Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen beim Finanzamt Nürnberg-Süd. Danach folgte die Ehrung langjähriger Mitglieder, denen Birgit Fuchs besonders für ihre Treue und Solidarität dankte. Anita Karch wurde die Urkunde für 50 Jahre und Andrea Hofstetter für 25 Jahre bfg-Mitgliedschaft zusammen mit einem Blumenstrauß überreicht. Den Abschluss bildeten eine gemeinsame Brotzeit und angeregte Gespräche.



**NÜRNBERGER**  
VERSICHERUNG

## Fehler passieren. Na und?

Mit einer Dienstaftpflichtversicherung der NÜRNBERGER können Sie gelassen bleiben. Gleich online abschließen.



Hier geht's direkt  
zu Ihrer neuen  
Dienstaftpflicht.

**Einfach  
passend für den  
Öffentlichen  
Dienst**

NÜRNBERGER Beamten Allgemeine Versicherung AG